

Kleine Anfrage

des Abg. Sascha Binder SPD

und

Antwort

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Regelung der Beurteilung im Polizeivollzugsdienst

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchem Grund hat das Innenministerium in § 8 Satz 2 der Verordnung des Innenministeriums über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzugsdienstes vom 6. Dezember 2024 (BeurtVO-PVD) zwar das vom Bundesverwaltungsgericht zur Zulassung einer Anlassbeurteilung in einem System der Regelbeurteilung geforderte qualitative Element (vgl. hierzu: Bundesverwaltungsgericht [BVerwG], Urteil vom 9. Mai 2019 – 2 C 1/18 –, Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts [BVerwG] 165, 305–331, juris Leitsätze 2, 4, Rn. 52, 55) aufgenommen, jedoch nicht das ebenfalls geforderte zeitliche Element (vgl. hierzu: BVerwG, Urteil vom 9. Mai 2019 – 2 C 1/18 –, BVerwGE 165, 305–331, juris Leitsätze 2, 3, Rn. 38, 49) unter Berücksichtigung, dass in einem zweijährigen Regelbeurteilungssystem eine Pflicht zur Erstellung einer Anlassbeurteilung überhaupt nicht besteht (vgl. hierzu: BVerwG, Urteil vom 9. Mai 2019 – 2 C 1/18 –, BVerwGE 165, 305–331, juris Rn. 50)?
2. Welche Personen sind für die Erstellung von Beurteilungen, insbesondere Vor- und Endbeurteilungen zuständig, unter Darstellung der Rechtsgrundlage?
3. Welche Entscheidungskompetenz hat der Endbeurteiler, insbesondere bei der Festsetzung der endgültigen Beurteilung im Einzelfall, unter Darstellung der Rechtsgrundlage?
4. Welche Vergleichsgruppen gibt es für Beurteilungen im höheren Dienst?
5. Welche Beurteilungsstichtage sind aufgrund welcher Grundlage vorgesehen?
6. Sind bei der Beurteilung nach § 2 Absatz 1 BeurtVO-PVD sowie dem Gesamturteil nach § 2 Absatz 2 BeurtVO-PVD nur ganze Noten vorgesehen oder sind weitere Differenzierungen vorgesehen?

7. Falls weitere Differenzierungen möglich sind: Welche weiteren Differenzierungen sind möglich?
8. Wer ist für die Erteilung der Zustimmung des Innenministeriums nach § 7 Absatz 2 Satz 3 BeurtVO-PVD zuständig?
9. Plant das Innenministerium eine Verwaltungsvorschrift nach § 11 BeurtVO-PVD oder hat es eine solche bereits verabschiedet?
10. Falls eine solche Verwaltungsvorschrift geplant ist oder bereits verabschiedet wurde: Was ist der geplante beziehungsweise tatsächliche Inhalt der Verwaltungsvorschrift?

19.2.2025

Binder SPD

Begründung

Vor dem Hintergrund, dass in der Verwaltungsvorschrift Beurteilung Polizeivollzugsdienst (VwV-Beurteilung Pol) vom 21. Dezember 2010, Az. 3-0300.4/97 detaillierte Regelungen zur Beurteilung von Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzugsdiensts geregelt waren, stellen sich mit Blick auf die nur die Grundzüge der Beurteilung regelnde BeurtVO-PVD die oben dargestellten Fragen. Insbesondere ist zu klären, ob das Innenministerium eine in § 11 BeurtVO-PVD genannte Verwaltungsvorschrift mit detaillierten Regelungen tatsächlich plant zu erlassen oder bereits erlassen hat und welche Regelungen dort vorgenommen wurden. Mit Blick auf die Bedeutung der Beurteilung für Personalentscheidungen ist eine klare und transparente Regelung unverzichtbar und aufgrund der als Kann-Vorschrift ausgestalteten Regelung in § 11 der BeurtVO-PVD ist derzeit nicht klar, ob für die Beurteilung der Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzugsdiensts solche klaren und transparenten Regelungen vorliegen.

Antwort

Mit Schreiben vom 17. März 2025 Nr. IM3-0141.5-652/7/2 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Aus welchem Grund hat das Innenministerium in § 8 Satz 2 der Verordnung des Innenministeriums über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzugsdienstes vom 6. Dezember 2024 (BeurtVO-PVD) zwar das vom Bundesverwaltungsgericht zur Zulassung einer Anlassbeurteilung in einem System der Regelbeurteilung geforderte qualitative Element (vgl. hierzu: Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), Urteil vom 9. Mai 2019 – 2 C 1/18 –, Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts [BVerwG] 165, 305–331, juris Leitsätze 2, 4, Rn. 52, 55) aufgenommen, jedoch nicht das ebenfalls geforderte zeitliche Element (vgl. hierzu: BVerwG, Urteil vom 9. Mai 2019 – 2 C 1/18 –, BVerwGE 165, 305–331, juris Leitsätze 2, 3, Rn. 38, 49) unter Berücksichtigung, dass in einem zweijährigen Regelbeurteilungssystem eine Pflicht zur Erstellung einer Anlassbeurteilung überhaupt nicht besteht (vgl. hierzu: BVerwG, Urteil vom 9. Mai 2019 – 2 C 1/18 –, BVerwGE 165, 305–331, juris Rn. 50)?

Zu 1.:

Die angeführte Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Erfordernis von Anlassbeurteilungen bezieht sich hinsichtlich qualitativem und zeitlichem Element auf den Fall, dass in einem Beurteilungssystem mit dreijährigem Regelbeurteilungszeitraum eine Beamtin oder ein Beamter während eines erheblichen Zeitraums, d. h. mindestens zwei Jahre, wesentlich andere Aufgaben wahrgenommen hat (vgl. Rn. 42 a. E. und Rn. 49 der Entscheidung). In der Landesverwaltung mit dreijährigen Regelbeurteilungszeitraum (vgl. § 2 Abs. 1 Satz 1 der Beurteilungsverordnung – BeurtVO) ist für diesen Fall deshalb nach § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 BeurtVO in Verbindung mit Nr. 4.1 der Beurteilungsrichtlinien die Erstellung einer Anlassbeurteilung vorgesehen. Bei einem zweijährigen Regelbeurteilungszeitraum wie im Polizeivollzugsdienst (vgl. § 5 Abs. 1 Satz 1 der Beurteilungsverordnung-Polizeivollzugsdienst – BeurtVO-PVD) fehlt es im Fall der Wahrnehmung wesentlicher anderer Aufgaben stets an einem – eine Anlassbeurteilung erforderlich machenden – erheblichen Zeitraum (vgl. Rn. 50 der Entscheidung). Infolgedessen bedurfte es in § 8 Satz 2 BeurtVO-PVD auch keiner dem § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 BeurtVO entsprechenden Regelung. Für die in § 8 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 BeurtVO-PVD genannten Konstellationen (vgl. entsprechend § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Var. 1 und Nr. 2 BeurtVO) besteht auch nach der angeführten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts Bedarf für die Erstellung von Anlassbeurteilungen (vgl. Rn. 42 der Entscheidung).

2. Welche Personen sind für die Erstellung von Beurteilungen, insbesondere Vor- und Endbeurteilungen zuständig, unter Darstellung der Rechtsgrundlage?

Zu 2.:

Die Zuständigkeiten für die Vor- und Endbeurteilung bestimmen sich nach Nr. 10.1 in Verbindung mit Anlage 1 der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzugsdienstes (VwV Beurteilungsrichtlinien-Polizeivollzugsdienst – BRL-PVD) vom 24. Februar 2025.

Für den mittleren und gehobenen Dienst sind die Beurteilungszuständigkeiten wie folgt geregelt:

Endbeurteilerinnen und Endbeurteiler sind die Präsidentinnen und Präsidenten der Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst. Im Innenministerium liegt die Endbeurteilung bei der Leitung des Referats 33.

Vorbeurteilerinnen und Vorbeurteiler sind grundsätzlich die Leiterinnen und Leiter der „Säulen“ in den Polizeidienststellen und Einrichtungen; das bedeutet:

- Regionale Polizeipräsidien: Leitungen der Führungs- und Einsatzstäbe, der Schutz- und Kriminalpolizeidirektionen und der Verwaltungen.
- Landeskriminalamt Baden-Württemberg: Leitungen des Stabes und der Abteilungen.
- Präsidiums Technik, Logistik und Service der Polizei: Leitungen des Präsidialstabes und der Abteilungen.
- Polizeipräsidium Einsatz: Leitungen des Führungs- und Einsatzstabes, der Direktionen, der Polizeihubschrauberstaffel und der Verwaltung.
- Hochschule für Polizei Baden-Württemberg: Leitung des Präsidialstabes, der Fakultäten, der Institute und der Verwaltung.

Für nachgeordnete Organisationseinheiten wie Referate, Stabsstellen oder Projekte, die organisatorisch unmittelbar an die Präsidentinnen und Präsidenten der Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst angegliedert sind, übernehmen die Präsidentinnen und Präsidenten die Aufgabe der Vorbeurteilerinnen und Vorbeurteiler.

Für die Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst besteht gemäß Nr. 10.1 Satz 2 BRL-PVD die Möglichkeit, durch eine allgemeine Regelung die Zuständigkeit für die Vorbeurteilung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im mittleren und gehobenen Dienst auf die Leitungen nachgeordneter Organisationseinheiten wie Stabsbereiche, Polizeireviere, Kriminalinspektionen und -kommissariate zu delegieren.

Im Innenministerium sind die Leitungen der Referate bzw. des Stabes im Landespolizeipräsidium für die Vorbeurteilungen zuständig.

Für den höheren Dienst sind die Beurteilungszuständigkeiten wie folgt geregelt:

Für die Besoldungsgruppen A 13 und A 14 bei den Polizeidienststellen und Einrichtungen sind die Präsidentinnen und Präsidenten, im Innenministerium die Leitungen der Referate bzw. des Stabes im Landespolizeipräsidium für die Vorbeurteilungen zuständig. Für die Endbeurteilung zuständig ist im Wechsel je Regelbeurteilungszeitraum die Leitung des Referats 31, des Referats 32 oder die Leitung des Stabes im Landespolizeipräsidium, sofern diese Person nicht Landespolizeivizepräsidentin bzw. Landespolizeivizepräsident ist.

Die Beurteilungszuständigkeiten für die Besoldungsgruppen A 15 und A 16 unterscheiden sich von den Beurteilungszuständigkeiten für die Besoldungsgruppen A 13 und A 14 dadurch, dass für die Endbeurteilung die Landespolizeivizepräsidentin bzw. der Landespolizeivizepräsident zuständig ist.

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in der Landesbesoldungsordnung B werden von der Landespolizeipräsidentin bzw. dem Landespolizeipräsidenten beurteilt.

3. Welche Entscheidungskompetenz hat der Endbeurteiler, insbesondere bei der Festsetzung der endgültigen Beurteilung im Einzelfall, unter Darstellung der Rechtsgrundlage?

Zu 3.:

Gemäß Nr. 5.2 BRL-PVD beurteilen die Endbeurteilerinnen und Endbeurteiler abschließend, d. h. sie legen unter Beachtung der Richtwerte beziehungsweise richtwertgerechter Differenzierungen der Beurteilungen die jeweilige Beurteilung im Einzelfall fest.

4. Welche Vergleichsgruppen gibt es für Beurteilungen im höheren Dienst?

Zu 4.:

Die Vergleichsgruppen in den Laufbahnen des höheren Polizeivollzugsdienstes sowie des höheren cyberkriminalistischen Dienstes werden gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 BeurtVO-PVD aus den zu beurteilenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten derselben Laufbahn und Besoldungsgruppe gebildet.

5. Welche Beurteilungsstichtage sind aufgrund welcher Grundlage vorgesehen?

Zu 5.:

Stichtag der Regelbeurteilung für die Laufbahnen des gehobenen und höheren Dienstes ist gemäß Nr. 6.1.1 Buchst. b BRL-PVD der 1. Juli.

Stichtag der Regelbeurteilung für den mittleren Polizeivollzugsdienst ist gemäß Nr. 6.1.1 Buchst. a BRL-PVD der 1. Februar. Abweichend hiervon ist gemäß Nr. 14.2 Satz 3 BRL-PVD im Jahr 2025 Stichtag der Regelbeurteilung für den mittleren Polizeivollzugsdienst ebenfalls der 1. Juli.

6. Sind bei der Beurteilung nach § 2 Absatz 1 BeurtVO-PVD sowie dem Gesamturteil nach § 2 Absatz 2 BeurtVO-PVD nur ganze Noten vorgesehen oder sind weitere Differenzierungen vorgesehen?

7. Falls weitere Differenzierungen möglich sind: Welche weiteren Differenzierungen sind möglich?

Zu 6. und 7.:

Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Der einheitlich anzuwendende Beurteilungsmaßstab (§ 3 BeurtVO-PVD) sieht ausschließlich ganzzahlige Punktwerte ohne Zwischennoten vor.

8. Wer ist für die Erteilung der Zustimmung des Innenministeriums nach § 7 Absatz 2 Satz 3 BeurtVO-PVD zuständig?

Zu 8.:

Gemäß Nr. 6.3.3 Satz 1 BRL-PVD wird die Zustimmung durch das Landespolizeipräsidium erteilt.

9. Plant das Innenministerium eine Verwaltungsvorschrift nach § 11 BeurtVO-PVD oder hat es eine solche bereits verabschiedet?

10. Falls eine solche Verwaltungsvorschrift geplant ist oder bereits verabschiedet wurde: Was ist der geplante beziehungsweise tatsächliche Inhalt der Verwaltungsvorschrift?

Zu 9. und 10.:

Die Fragen 9 und 10 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Das Innenministerium hat auf Grundlage des § 11 BeurtVO-PVD die Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzugsdienstes (VwV Beurteilungsrichtlinien-Polizeivollzugsdienst – BRL-PVD) erlassen. Sie regelt die weiteren Einzelheiten der dienstlichen Beurteilung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Der Text der Verwaltungsvorschrift einschließlich der Übersicht über die Vor- und Endbeurteiler/-innen ist dieser Drucksache als *Anlage 2* angefügt.

In Vertretung

Blenke

Staatssekretär

Anlage 1
(zu Nummer 10.1)

Übersicht über die Vor- und Endbeurteiler/-innen

Dienststelle / Organisationseinheit	Vorbeurteiler/in	Endbeurteiler/in
Mittlerer und gehobener Dienst		
Innenministerium		
alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten	Leitung des jeweiligen Referats bzw. der jeweiligen Organisationseinheit	Leitung des Referats 33
Regionale Polizeipräsidien		
Führungs- und Einsatzstab	Leitung des Führungs- und Einsatzstabs	Polizeipräsident/in
Schutzpolizeidirektion	Leitung der Schutzpolizeidirektion	
Kriminalpolizeidirektion	Leitung der Kriminalpolizeidirektion	
Verwaltung	Leitung der Verwaltung	
- Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit, - Stabsstelle Controlling/Qualitätsmanagement, - Referat Prävention	Polizeipräsident/in	
alle weiteren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten	Polizeipräsident/in	

Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei		
Präsidialstab	Leitung des Präsidialstabes	Präsident/in
Abteilungen	Leitung der jeweiligen Abteilung	
- Stabsstelle Informationssicherheit, - Stabsstelle Zentrale Zeitwirtschaft, - Projekt Modernisierung Digitalfunk BOS 2030, - Projekt XPolizeiBW Polizei 4.0	Präsident/in	
alle weiteren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten	Präsident/in	
Polizeipräsidium Einsatz		
Führungs- und Einsatzstab	Leitung des Führungs- und Einsatzstabs	Polizeipräsident/in
Bereitschaftspolizeidirektion Bruchsal	Leitung der Bereitschaftspolizeidirektion Bruchsal	
Bereitschaftspolizeidirektion Göppingen	Leitung der Bereitschaftspolizeidirektion Göppingen	
Direktion Spezialeinheiten	Leitung der Direktion Spezialeinheiten	
Polizeihubschrauberstaffel	Leitung der Polizeihubschrauberstaffel	
Wasserschutzpolizeidirektion	Leitung der Wasserschutzpolizeidirektion	
Verwaltung	Leitung der Verwaltung	
- Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit, - Stabsstelle Controlling/Qualitätsmanagement	Polizeipräsident/in	

alle weiteren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten	Polizeipräsident/in	
Hochschule für Polizei Baden-Württemberg		
Präsidentstab	Leitung des Präsidialstabes	Präsident/in
Institut für Fortbildung	Leitung des Instituts für Fortbildung	
Institut für Ausbildung und Training	Leitung des Instituts für Ausbildung und Training	
Institut für Management und Personalgewinnung	Leitung des Instituts für Management und Personalgewinnung	
Fakultäten	Leitung der jeweiligen Fakultät	
Verwaltung	Verwaltungsdirektor/in	
alle weiteren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten	Präsident/in	
Landeskriminalamt		
Stab	Leitung des Stabes	Präsident/in
Abteilungen	Leitung der jeweiligen Abteilung	
- Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg, - Referat Prävention, - Stabsstelle Strategisches Controlling, Qualitätsmanagement, - Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit, - Task Force gegen Hass und Hetze	Präsident/in	

alle weiteren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten	Präsident/in	
Höherer Dienst		
Besoldungsgruppen A 13 und A 14		
Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst	(Polizei-)Präsident/in	Je Regelbeurteilungszeitraum abwechselnd wie folgt: 1. Landespolizeidirektor/in, 2. Landeskriminaldirektor/in, 3. Stabsdirektor/in im Landespolizeipräsidium, jeweils nur soweit nicht Landespolizeivizepräsident/in.
Innenministerium	Leitung des jeweiligen Referats bzw. der jeweiligen Organisationseinheit	
Alle weiteren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten	Landespolizeivizepräsident/in	
Besoldungsgruppen A 15 und A 16		
Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst	(Polizei-)Präsident/in	Landespolizeivizepräsident/in
Innenministerium	Leitung des jeweiligen Referats bzw. der jeweiligen Organisationseinheit	
Alle weiteren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten	Landespolizeivizepräsident/in	
Landesbesoldungsordnung B		
	Landespolizeivizepräsident/in	Landespolizeivizepräsident/in

**Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die dienstliche Beurteilung der
Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzugsdienstes
(VwV Beurteilungsrichtlinien-Polizeivollzugsdienst – BRL-PVD)**

Vom 24. Februar 2025 - Az.: IM3-0300.4-44/11 -

INHALTSÜBERSICHT

- 1 Ziel der Beurteilung**
- 2 Aufgabenbeschreibung**
- 3 Beurteilungsmaßstab und Bewertung**
- 4 Zusätzliche Angaben**
- 5 Beurteilungsverfahren**
 - 5.1 Vorbeurteilung
 - 5.2 Endbeurteilung
- 6 Regelbeurteilung**
 - 6.1 Stichtage und Beurteilungszeitraum
 - 6.2 Ausnahmen von der Regelbeurteilung
 - 6.3 Vergleichsgruppen, Anwendung der Richtwerte
 - 6.4 Koordinierungsgespräch
 - 6.5 Beurteilungskommission
- 7 Anlassbeurteilung**
- 8 Probezeitbeurteilung**
- 9 Beurteilungsbeitrag**
- 10 Beurteilungszuständigkeit**
- 11 Geschäftsmäßige Behandlung der Beurteilungen**
- 12 Sonderregelungen für schwerbehinderte Polizeibeamtinnen und
Polizeibeamten**
- 13 Fiktive Fortschreibung einer Beurteilung**
- 14 Übergangs- und Schlussvorschriften**

Anlage 1 – Übersicht über die Vor- und Endbeurteiler/-innen
Anlage 2 – Vordruck Dienstliche Beurteilung
Anlage 3 – Vordruck Beurteilungsbeitrag
Anlage 4 – Vordruck Probezeitbeurteilung

1 Ziel der Beurteilung

Die Beurteilungen haben zum Ziel, Eignung, Befähigung und fachliche Leistungen der Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzugsdienstes (Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten) abgestuft und untereinander vergleichbar zu bewerten.

2 Aufgabenbeschreibung

Grundlage der Beurteilung ist die Aufgabenbeschreibung. In dieser werden die den allgemeinen Aufgabenbereich im Beurteilungszeitraum prägenden Tätigkeiten sowie übertragene Sonderaufgaben von besonderem Gewicht aufgeführt. Weitere in der Behörde oder Dienststelle übernommene Aufgaben oder Funktionen, die nicht zum Hauptamt gehören, können hier ebenfalls benannt werden. Dienstpostenbeschreibungen und Geschäftsverteilungspläne können zugrunde gelegt werden. In der Beurteilung sind die Wertigkeit des innegehabten Dienstpostens und das Statusamt zum Stichtag der Beurteilung zu vermerken.

3 Beurteilungsmaßstab und Bewertung

- 3.1 Für jedes Untermerkmal ist zu prüfen, inwieweit den Erwartungen des Statusamtes hinsichtlich der in der Aufgabenbeschreibung aufgeführten Tätigkeiten entsprochen wurde; maßgeblich ist das Statusamt am Stichtag der Beurteilung. Das Ergebnis dieser Prüfung ist nach dem Beurteilungsmaßstab (§ 3 der Beurteilungsverordnung - Polizeivollzugsdienst - BeurtVO-PVD) durch einen Punktwert auszudrücken.
- 3.2 Die Untermerkmale zur Führung sind nur dann zu bewerten, wenn Führungsverantwortung im Beurteilungszeitraum für zusammenhängend mindestens sechs Monate wahrgenommen wurde.
- 3.3 Beurteilt werden die tatsächlich erbrachten Leistungen unabhängig davon, ob die Anforderungen des Dienstpostens unter-, gleich- oder höherwertig im Hinblick auf das aktuelle Statusamt im Einzelfall sind. Werden unter- oder höherwertige Aufgaben wahrgenommen, so ist dies zwar in dem Sinne zu berücksichtigen, dass die zu beurteilende Person hierdurch weniger stark oder stärker gefordert wird, gleichwohl ist maßgeblich, inwieweit den Erwartungen des Statusamtes entsprochen wurde.
- 3.4 Jede dienstliche Beurteilung ist eigenständig. Frühere Beurteilungen sind nicht lediglich fortzuschreiben; Nummern 7.3 und 7.4 bleiben unberührt.

- 3.5 Mit zunehmendem Dienstalter der zu beurteilenden Person wachsen in der Regel auch deren bei der Beurteilung zu berücksichtigenden beruflichen Kenntnisse und Erfahrungen. Nummern 3.1 und 3.3 bleiben unberührt.
- 3.6 Nach einer Beförderung ist für den gesamten Beurteilungszeitraum Maßstab der Beurteilung das zu fordernde höhere Leistungsniveau des neuen Statusamts.
- 3.7 Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass das Gesamturteil nach einer Beförderung gemessen am zu fordernden höheren Leistungsniveau des neuen Statusamtes abzusenken ist, sofern die Leistungen nicht gesteigert wurden.
- 3.8 Besondere Umstände der Beurteilung sind zu begründen, insbesondere
 - a) eine Änderung des Maßstabs der Beurteilung, zum Beispiel nach einer Beförderung oder einem Laufbahnwechsel,
 - b) eine wesentliche Verbesserung oder eine Verschlechterung des Gesamturteils,
 - c) wesentliche Abweichungen von Beurteilungsbeiträgen oder einer einzubeziehenden Anlassbeurteilung.

4 Zusätzliche Angaben

- 4.1 Besondere Fachkenntnisse und Fähigkeiten, die über die allgemeine Vor- und Ausbildung hinausgehen, sind darzustellen, sofern sie im Rahmen der dienstlichen Aufgabenwahrnehmung beobachtet werden konnten und für die dienstliche Verwendung und berufliche Entwicklung von Bedeutung sein können. Sonstige Fachkenntnisse und Fähigkeiten können in die Beurteilung aufgenommen werden, wenn sie für die weitere dienstliche Verwendung und berufliche Entwicklung von Bedeutung sein können.
- 4.2 Förderungs- und Verwendungshinweise können unter Berücksichtigung der besonderen Stärken der zu beurteilenden Person darlegen, in welchen anderen Einsatz- oder Tätigkeitsbereichen diese Person eingesetzt werden könnte. Die zusätzliche Benennung konkreter Dienstposten ist nicht erforderlich.

5 Beurteilungsverfahren

5.1 Vorbeurteilung

- 5.1.1 Die Vorbeurteilerinnen und Vorbeurteiler erstellen die Beurteilungsentwürfe unter Berücksichtigung etwaiger Beurteilungsbeiträge und Anlassbeurteilungen sowie der sonstigen Erkenntnisquellen.
- 5.1.2 Vor Erstellung des Beurteilungsentwurfs kann eine Abstimmung mit der zu beurteilenden Person zu den persönlichen und zusätzlichen Angaben sowie der Aufgabenbeschreibung erfolgen. Bewertungen der Untermerkmale, die Beurteilungsmerkmale und das Gesamturteil sind nicht Gegenstand der Abstimmung und werden der zu beurteilenden Person nicht mitgeteilt.
- 5.1.3 Die Vorbeurteilerinnen und Vorbeurteiler haben sich, sofern sie Eignung, Befähigung und fachliche Leistungen nicht aus eigener Kenntnis zuverlässig beurteilen können, die erforderlichen Kenntnisse zu verschaffen. Dies kann zum Beispiel durch Hinzuziehung sachkundiger anderer, auch früherer oder bereits in den Ruhestand getretener, Vorgesetzter der zu beurteilenden Person (Beurteilungsberaterinnen und Beurteilungsberater) erfolgen. Der Name und die jeweilige, gegebenenfalls frühere, Vorgesetztenfunktion einer hinzugezogenen Person werden in der Beurteilung vermerkt.
- 5.1.4 Die Vorbeurteilerin oder der Vorbeurteiler legt der Endbeurteilerin oder dem Endbeurteiler die Beurteilungsentwürfe, gegebenenfalls in einer Übersicht über alle von ihr oder ihm erstellten Beurteilungsentwürfe, vor.

5.2 Endbeurteilung

Die Endbeurteilerin oder der Endbeurteiler beurteilt unter Beachtung der Richtwerte beziehungsweise richtwertgerechter Differenzierungen der Beurteilungen abschließend.

6 Regelbeurteilung

6.1 Stichtage und Beurteilungszeitraum

- 6.1.1 Für die Regelbeurteilungen gelten folgende Stichtage:

- a) mittlerer Dienst: 1. Februar,

b) gehobener und höherer Dienst: 1. Juli.

6.1.2 Der Beurteilungszeitraum der Regelbeurteilung beginnt mit dem Stichtag der vorangegangenen Regelbeurteilung und endet mit dem Tag vor dem aktuellen Stichtag. Der Beurteilungszeitraum beginnt jedoch frühestens

- a) mit der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit,
- b) nach erfolgreichem Abschluss des Ausbildungsdienstes mit dem Tag der erstmaligen Übertragung des jeweiligen Amtes der nächsthöheren Laufbahn, oder
- c) bei Übernahme aus dem Bereich eines anderen Dienstherrn mit dem Tag der Übernahme in den Landesdienst.

6.2 Ausnahmen von der Regelbeurteilung

6.2.1 Ein tatsächlich erfassbarer Beurteilungszeitraum von mindestens sechs Monaten nach § 6 Absatz 1 Nummer 8 BeurtVO-PVD (Mindestbeurteilungszeitraum) liegt nicht vor, wenn dieser Zeitraum jeweils nur durch einzelne, sporadische Tage oder Wochen tatsächlicher Dienstverrichtung erreicht würde, zum Beispiel infolge Urlaubs längerer Dauer, Eltern- und Pflegezeiten jeweils ohne Teilzeitbeschäftigung, des Abbaus von Mehrarbeits- und Gleitzeitstunden, Zeiten längerer Dienstunfähigkeit oder des Mutterschutzes.

6.2.2 Im Fall eines laufenden Disziplinarverfahrens oder im Vorfeld seiner möglichen Einleitung kann der oder die Dienstvorgesetzte die Regelbeurteilung nach § 6 Absatz 2 BeurtVO-PVD aussetzen, wenn zu erwarten ist, dass sich der Disziplinarvorwurf nach seiner Art und Schwere auf die Regelbeurteilung auswirkt. Die Aussetzung ist in der Personalakte zu dokumentieren. Die Dokumentation ist nach Einstellung des Disziplinarverfahrens oder der Vorermittlungen oder nach dem Eintritt des Verwertungsverbots zu löschen. Nach unanfechtbarem Abschluss des Disziplinarverfahrens ist die Regelbeurteilung unverzüglich nachzuholen. Disziplinarmaßnahmen oder missbilligende Äußerungen einer oder eines Dienstvorgesetzten sowie Hinweise auf etwaig verhängte Strafen oder Geldbußen dürfen nicht in der Beurteilung vermerkt werden; das zugrundeliegende Verhalten kann allerdings berücksichtigt werden, sofern es für die Bewertung in der Beurteilung relevant ist.

6.3 Vergleichsgruppen, Anwendung der Richtwerte

- 6.3.1 Bei der Bildung der Vergleichsgruppen sind Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die nach § 6 Absatz 1 BeurtVO-PVD nicht an der Regelbeurteilung teilnehmen, nicht mitzuzählen. Zu beurteilende Personen unterschiedlicher Laufbahnen (§ 2 Absatz 1 der Laufbahnverordnung-Polizeivollzugsdienst) oder Besoldungsgruppen dürfen nicht in einer Vergleichsgruppe zusammengefasst werden. Bei einer Aussetzung der Regelbeurteilung nach § 6 Absatz 2 BeurtVO-PVD wird die betroffene Person im Hinblick auf die Mindestgröße der Vergleichsgruppe mitgezählt.
- 6.3.2 Die Richtwerte nach § 7 Absatz 2 Satz 1 BeurtVO-PVD beziehen sich jeweils auf die Gesamtzahl der zu beurteilenden Personen derselben Vergleichsgruppe. Die Möglichkeiten zur Vergabe von Gesamturteilen innerhalb des jeweiligen Richtwerts sollen ausgeschöpft werden; rechnerisch verbleibende Reste bleiben hierbei unberücksichtigt. Werden die Möglichkeiten zur Vergabe von Gesamturteilen innerhalb eines Richtwerts nicht ausgeschöpft, ist ein Ausgleich zugunsten der Vergabe anderer Gesamturteile innerhalb des Richtwertebereichs nicht zulässig. § 7 Absatz 2 Satz 2 BeurtVO-PVD bleibt unberührt.
- 6.3.3 Über Anträge auf Überschreitung der Richtwerte entscheidet das Landespolizeipräsidium. Die Zustimmung zur Überschreitung der Richtwerte muss vor Bekanntgabe der Beurteilungen der jeweiligen Vergleichsgruppe vorliegen.
- 6.3.4 Außerhalb des Richtwertebereichs ist auf eine angemessene Differenzierung der Gesamturteile hinzuwirken.

6.4 Koordinierungsgespräch

- 6.4.1 Rechtzeitig vor dem Stichtag der Regelbeurteilung findet für den Zuständigkeitsbereich der Endbeurteilerin oder des Endbeurteilers ein Koordinierungsgespräch statt. Daran nehmen teil:
- a) die Endbeurteilerin oder der Endbeurteiler,
 - b) die Vorbeurteilerinnen und Vorbeurteiler, und
 - c) die Verwaltungsleitung beziehungsweise die für das Personalwesen zuständige Abteilungsleitung sowie die Leitung des Personalreferats.

Die Beauftragte für Chancengleichheit, die Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen und ein Mitglied der Personalvertretung sind berechtigt, an dem Koordinierungsgespräch teilzunehmen. Beschäftigte des Personalreferats können hinzugezogen werden.

- 6.4.2 Gegenstand des Koordinierungsgesprächs sind allgemeine Verfahrensfragen, der Maßstab der Beurteilung, Benachteiligungsverbote sowie die geschlechtergerechte Umsetzung der Richtwerte. Beurteilungen einzelner zu beurteilender Personen sind nicht Gegenstand des Koordinierungsgesprächs und dürfen nicht vorweggenommen werden.

6.5 Beurteilungskommission

- 6.5.1 Für den Zuständigkeitsbereich der Endbeurteilerin oder des Endbeurteilers wird eine Beurteilungskommission gebildet. Neben ihr oder ihm gehören der Beurteilungskommission an:

- a) die Verwaltungsleitung beziehungsweise die für das Personalwesen zuständige Abteilungsleitung sowie die Leitung des Personalreferats,
- b) die Beauftragte für Chancengleichheit,
- c) ein Mitglied der Personalvertretung, und
- d) die Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen.

Die Vorbeurteilerinnen und Vorbeurteiler sowie Beschäftigte des Personalreferats können hinzugezogen werden.

- 6.5.2 Die Beurteilungskommission stellt sicher, dass die Richtwerte eingehalten werden und berät sich dazu in sachgerechter Weise. Sie wirkt auf eine ausreichende beziehungsweise richtwertgerechte Differenzierung der Beurteilungen innerhalb einer Vergleichsgruppe hin.
- 6.5.3 Grundlage der Beratungen der Beurteilungskommission ist eine anonymisierte Übersicht über die vorgesehenen Bewertungen der einzelnen Beurteilungsmerkmale und die vorgesehenen Gesamturteile zu allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der jeweiligen Vergleichsgruppen.

7 Anlassbeurteilung

- 7.1 Der Beurteilungszeitraum der Anlassbeurteilung knüpft grundsätzlich an das Ende des Beurteilungszeitraums der vorangegangenen Beurteilung an. Er endet mit dem Ende des Monats, der der Erstellung der Anlassbeurteilung vorangeht.
- 7.2 Sofern die vorangegangene Beurteilung länger als zwei Jahre zurückliegt oder kein anknüpfungsfähiger Beurteilungszeitraum vorliegt, beträgt der Beurteilungszeitraum grundsätzlich zwei Jahre. Im Einzelfall kann ein kürzerer Beurteilungszeitraum insbesondere dann gelten, wenn das Beamtenverhältnis zuvor bei einem anderen Dienstherrn bestanden hat, sich die zu beurteilende Person im Beamtenverhältnis auf Probe befunden hat oder den Ausbildungsdienst für den Aufstieg in den gehobenen beziehungsweise höheren Polizeivollzugsdienst absolviert hat; § 6 Absatz 1 Nummer 7 BeurtVO-PVD und Nummer 6.2.1 gelten entsprechend. Soweit es für das Erreichen des Mindestbeurteilungszeitraums erforderlich ist kann die unmittelbar vorhergehende Zeit im Beamtenverhältnis auf Probe zum Land in den Beurteilungszeitraum einbezogen werden.
- 7.3 Die Anlassbeurteilung ist aus der jeweils letzten Beurteilung zu entwickeln. § 7 Absatz 2 und 3 BeurtVO-PVD sind dahingehend anzuwenden, dass bei Anlassbeurteilungen die Richtwerte bei Regelbeurteilungen entsprechend gelten.
- 7.4 Wurde im Beurteilungszeitraum eine Anlassbeurteilung erstellt, so ist diese bei der nächsten Regelbeurteilung einzubeziehen.
- 7.5 In anderen als den in § 8 Satz 2 Nummer 1 und 2 BeurtVO-PVD genannten Fällen bedürfen Anlassbeurteilungen der Zustimmung durch das Landespolizeipräsidium.

8 Probezeitbeurteilung

Probezeitbeurteilungen werden durch die Endbeurteilerin oder den Endbeurteiler erstellt. Die Vorbeurteilerin oder der Vorbeurteiler kann mit der Erstellung der Probezeitbeurteilung beauftragt werden.

9 Beurteilungsbeitrag

- 9.1 War der oder die zu beurteilende Person im Beurteilungszeitraum mindestens sechs Monate bei einer anderen Behörde tätig, ist anlässlich der Erstellung einer Beurteilung für den betreffenden Zeitraum ein Beurteilungsbeitrag dieser Behörde einzuholen. Ein Beurteilungsbeitrag ist nicht einzuholen, wenn der betreffende

Zeitraum bereits in eine Anlassbeurteilung einbezogen wurde. Beurteilungsbeiträge sind bei der Beurteilung, zu der sie erstellt werden, einzubeziehen.

- 9.2 Beurteilungsbeiträge umfassen Angaben zur Aufgabenbeschreibung sowie die Bewertungen der einzelnen Untermerkmale und Beurteilungsmerkmale. Ein Gesamturteil ist nicht zu bilden. § 7 Absatz 2 und 3 BeurtVO-PVD gelten für die Erstellung des Beurteilungsbeitrags sinngemäß. Bei Beurteilungsbeiträgen zu Probezeitbeurteilungen tritt an die Stelle der Bewertung der einzelnen Beurteilungsmerkmale die Feststellung der Bewährung während der Probezeit.
- 9.3 Der Beurteilungsbeitrag ist in eine Vor- und Endbeurteilung zu gliedern, wenn er nicht Beitrag zu einer Probezeitbeurteilung ist. Er wird dabei entsprechend den für die dortige Behörde geltenden Regelungen erstellt.
- 9.4 Jeder Beurteilungsbeitrag wird der zu beurteilenden Person mit der Beurteilung, zu der er erstellt worden ist, eröffnet.

10 Beurteilungszuständigkeit

- 10.1 Die Vorbeurteilerinnen und Vorbeurteiler sowie die Endbeurteilerinnen und Endbeurteiler sind der Anlage 1 zu entnehmen. Die Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst können für die Vorbeurteilung ihrer jeweiligen zu beurteilenden Personen des mittleren und des gehobenen Dienstes eine von Anlage 1 abweichende allgemeine Zuständigkeitsregelung treffen.
- 10.2 Bei längerfristiger Abwesenheit oder Verhinderung von Beurteilenden tritt an deren Stelle deren ständige Vertretung, hilfsweise die Abwesenheitsvertretung beziehungsweise die nach dem Geschäftsverteilungsplan zuständige Vertretung.
- 10.3 Sofern sich nach Nummern 10.1 und 10.2 keine Beurteilungszuständigkeit ergibt oder im Einzelfall nach den Umständen eine andere Zuständigkeitsregelung erforderlich ist, bestimmt die Endbeurteilerin oder der Endbeurteiler, im Übrigen die Landespolizeipräsidentin oder der Landespolizeipräsident die Beurteilungszuständigkeit.
- 10.4 Zuständig sind jeweils die Beurteilenden zum Stichtag der Beurteilung. Maßgeblich ist die Organisationseinheit, bei welcher die zu beurteilende Person am Stichtag in einen Dienstposten eingewiesen ist; Nummer 10.5 bleibt unberührt.

- 10.5 Ist die zu beurteilende Person am Stichtag seit mindestens einem Jahr an das Innenministerium oder eine Polizeidienststelle oder Einrichtung für den Polizeivollzugsdienst abgeordnet, richtet sich die Beurteilungszuständigkeit nach der Zuständigkeitsregelung der aufnehmenden Behörde. In allen anderen Fällen richtet sich die Beurteilungszuständigkeit für abgeordnete Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nach der Zuständigkeitsregelung ihrer Stammdienststelle. Satz 1 und 2 gelten entsprechend für die Vorbeurteilung im Fall einer befristeten Umsetzung.

11 Geschäftsmäßige Behandlung der Beurteilungen

- 11.1 Für die Beurteilungen und Beurteilungsbeiträge sind die jeweiligen Beurteilungsvordrucke (Anlagen 2 bis 4) zu verwenden.
- 11.2 Die personalverwaltende Stelle der Behörde, der die Vorbeurteilerinnen und Vorbeurteiler angehören, unterstützt diese bei der Erstellung der Beurteilungsentwürfe, indem sie insbesondere Listen der zu beurteilenden Personen, die vorangegangene Regelbeurteilung und einzubeziehende Anlassbeurteilungen zur Verfügung stellt sowie auf erforderliche Beurteilungsbeiträge, zu berücksichtigende Beförderungen oder andere besondere Umstände der Beurteilung hinweist.
- 11.3 Die Vorbeurteilerin oder der Vorbeurteiler gibt die Beurteilung der beurteilten Person durch Übergabe einer Abschrift bekannt und bespricht diese mit dieser; zwischen Bekanntgabe und Besprechung sollen mindestens zwei Tage liegen. Die Vorbeurteilerin oder der Vorbeurteiler kann andere Vorgesetzte der beurteilten Person mit der Bekanntgabe der Beurteilung und der Durchführung der Besprechung beauftragen. Auf Verlangen der beurteilten Person kann an der Besprechung ein Mitglied der Personalvertretung und gegebenenfalls die Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen teilnehmen. Sofern erforderlich können andere Vorgesetzte der beurteilten Person zu der Besprechung hinzugezogen werden. Die beurteilte Person kann auf die Besprechung der Beurteilung und die Einhaltung der Frist verzichten. Das Datum der Übergabe und der Besprechung oder der Verzicht hierauf werden auf dem Beurteilungsvordruck vermerkt. Anstelle der Vorbeurteilerin oder des Vorbeurteilers kann die Endbeurteilerin oder der Endbeurteiler die Beurteilung bekanntgeben und mit der beurteilten Person besprechen.
- 11.4 Die Beurteilung sowie etwaige Beurteilungsbeiträge werden zur Personalakte genommen.

- 11.5 Eine Äußerung der beurteilten Person zu der Beurteilung wird auf Wunsch zur Personalakte genommen.
- 11.6 Beurteilungen, Beurteilungsbeiträge und entsprechende Entwürfe sowie einzelne Verfahrensschritte sind vertraulich zu behandeln und vor unbefugtem Zugriff Dritter zu schützen. Personalisierte Beurteilungsentwürfe dürfen nur im Kreis der für die jeweilige Beurteilung zuständigen Personen erörtert werden. Nach Abschluss des Beurteilungsverfahrens sind sämtliche Entwürfe und Notizen zu der Beurteilung zu vernichten; elektronisch gespeicherte Entwürfe und Notizen sind zu löschen.
- 11.7 Nach Abschluss einer Regelbeurteilungsrunde macht das Landespolizeipräsidium das Gesamtergebnis in Form einer statistischen Auswertung differenziert nach Besoldungsgruppen, Geschlechtern, Teil- und Vollzeitbeschäftigung, sowie mit und ohne Schwerbehinderung im Intranet der Polizei bekannt. Die Anonymität der beurteilten Personen muss gewahrt bleiben.

12 Sonderregelungen für schwerbehinderte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten

- 12.1 Bei der Beurteilung schwerbehinderter und ihnen gleichgestellter Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter ist insbesondere Nummer 7 der Verwaltungsvorschrift der Ministerien, des Rechnungshofs und des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit zur Teilhabe und Inklusion von schwerbehinderten Menschen in der Landesverwaltung zu beachten.
- 12.2 Die Vorbeurteilerin oder der Vorbeurteiler führt mit der zu beurteilenden Person ein Gespräch, an dem auf deren Wunsch die Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen zu beteiligen ist, um sich über die behinderungsbedingten Auswirkungen auf Leistung, Befähigung und Einsatzmöglichkeit kundig zu machen. Über das Gespräch soll eine Notiz gefertigt werden. Die zu beurteilende Person kann auf dieses Gespräch verzichten; § 2 Absatz 5 BeurtVO-PVD bleibt unberührt. Die Durchführung des Gesprächs oder der Verzicht hierauf werden in der Beurteilung vermerkt.

13 Fiktive Fortschreibung einer Beurteilung

- 13.1 Ausgehend von den in der fortzuschreibenden Beurteilung festgehaltenen Bewertungen sind alle noch verwertbaren Erkenntnisse über die zu beurteilende Person heranzuziehen und eine Fortentwicklung der Leistungen entsprechend dem

durchschnittlichem beruflichen Werdegang vergleichbarer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten (Referenzgruppe) anzunehmen.

- 13.2 Die Referenzgruppe soll aus mindestens fünf Personen gebildet werden, deren jeweiliger Werdegang demjenigen der zu beurteilenden Person bis zum Zeitpunkt des Beginns der Freistellung, der Beurlaubung, der Elternzeit oder, wenn die fortzuschreibende Beurteilung zu einem späteren Stichtag erstellt wurde, zum Stichtag der fortzuschreibenden Beurteilung vergleichbar ist.
- 13.3 Für die Fortschreibung der Beurteilung einer schwerbehinderten Person gilt Nummer 12 entsprechend. Bei der Bildung der Referenzgruppe bleibt die Schwerbehinderung außer Betracht.

14 Übergangs- und Schlussvorschriften

- 14.1 Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2025 in Kraft und am 31. Dezember 2031 außer Kraft.
- 14.2 Regelbeurteilungen nach dieser Verwaltungsvorschrift finden erstmalig im Jahr 2025 statt. Vorangegangene Regelbeurteilung nach Nummer 6.1.2 Satz 1 ist die jeweilige Regelbeurteilung des Jahres 2023 im bisherigen Beurteilungssystem. Abweichend von Nummer 6.1.1 Buchstabe a ist im Jahr 2025 der Stichtag der Regelbeurteilung für die Beamtinnen und Beamten des mittleren Polizeivollzugsdienstes der 1. Juli; der anschließende Beurteilungszeitraum verkürzt sich entsprechend.
- 14.3 Eine mathematische Umrechnung der im bisherigen Beurteilungssystem vergebenen Punkte in solche dieses Beurteilungssystems ist weder möglich noch zulässig.